



**Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses**

15. Sitzung (nicht öffentlich)

23. Oktober 1996

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 12.25 Uhr

Vorsitz: Peter Bensmann (CDU)

Stenograf: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)	
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 12/1200	
Einzelplan 01 - Landtag	
Vermerk des Gutachterdienstes vom 08.10.1996	1
Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten	
Vermerk des Gutachterdienstes vom 07.10.1996	4
Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport	
Vermerk des Gutachterdienstes vom 14.10.1996	5

Der Ausschuß berät die Einzelpläne auf der Grundlage der Vermerke des Gutachterdienstes.

Seite

2 Übersicht der im Haushaltsplanentwurf 1997 ausgewiesenen Verwaltungshilfen in den neuen Bundesländern

Vermerk des Gutachterdienstes vom 08.10.1996

8

Nach einer kurzen Nachfrage durch den Vorsitzenden nimmt der Ausschuß den Vermerk ansonsten wie vorliegend zur Kenntnis.

3 Entwicklung der Zahl der Stellen für Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen und der Zahl der Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst sowie der Einstellungsermächtigungen im Landeshaushalt NRW im Zeitraum von 1990 bis 1997

Vorlage 12/876

Tischvorlage des Gutachterdienstes vom 22. Oktober 1996

9

RD Brommund (FM) antwortet auf Fragen der Abgeordneten.

4 Verschiedenes**a) Einsparung von Stellen durch Verzicht auf eine Schulform?**

12

b) Anhörung Berufsverbände

15

(siehe Diskussionsteil)

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1997 (Haushaltsgesetz 1997)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/1200

Einzelplan 01 - Landtag

Vermerk des Gutachterdienstes vom 08.10.1996

Organisationsuntersuchung

Vorsitzender Peter Bensmann macht darauf aufmerksam, einvernehmlich wolle man für den Haushalt 1997 noch keine Stellenplankonsequenzen aus dem Organisationsgutachten ziehen, sondern erst den Abschluß der Beratungen der ProKom abwarten. Sodann bittet er die Landtagsverwaltung, über den Bearbeitungsstand, den zeitlichen Rahmen und die Bewertung der Ergebnisse der ProKom seitens der Landtagsverwaltung zu berichten.

Dazu führt **Direktor beim Landtag Prof. Heinrich A. Große-Sender** aus, die Arbeiten in der ProKom gingen voran. Zunächst würden die Fragen eines wissenschaftlichen Dienstes, der den Abgeordneten einen unmittelbaren Vorteil bringe, sowie des Outsourcing, weil sie stellenmäßig vordringlich ins Gewicht fielen, erarbeitet. Entsprechende Vorlagen würden der ProKom, die größten Wert auf eine zügige Beratung lege, zugeleitet. Diese beiden Punkte stünden auch auf der nächsten Tagesordnung der ProKom.

Die mögliche Ausgestaltung des Wissenschaftlichen Dienstes umfasse ein breites Spektrum, etwa als Gesetzgebungsdienst, der die Qualität der Gesetze wesentlich verbessern helfe, aber auch die individuelle Zuarbeit mit wissenschaftlichen Daten und Fakten für den einzelnen Abgeordneten. Insofern müsse die Zielrichtung dieses Dienstes als Vorgabe für die Struktur des Wissenschaftlichen Dienstes diskutiert werden.

Ein weiterer Schwerpunkt sei die stellenmäßig ins Gewicht fallende Privatisierung. Es werde zu überlegen sein, welche Bereiche sich dafür eignen und in welchen Bereichen wegen der Notwendigkeit jederzeitiger Verfügbarkeit Personal vorgehalten werden müsse.

Des weiteren werde in der ProKom die Frage des Gästehauses, aber auch der Punkt Öffentlichkeitsarbeit - ein weites Spektrum vom Pressesprecher bis zum Besucherdienst -, diskutiert, dessen Rahmen und Zielsetzung als ein für das Parlament wichtiger Bereich politisch vorzustrukturieren sei, um daraus dann organisatorische oder auch bestimmte andere Konsequenzen ziehen zu können.

All diese Themen würden vor dem Hintergrund der Organisationsuntersuchung durch KPMG, aber auch anhand der Erfahrungen in anderen Parlamenten beraten und in Vorlagen umgesetzt. Er gehe davon aus, daß der jeweils politische Teil der Fragestellungen in der ProKom sehr bald zu Ergebnissen führen werde, aus denen dann entsprechende Schlüsse gezogen werden könnten.

Vorsitzender Peter Bensmann möchte sodann wissen, wer in diesem Verfahren eigentlich die Rolle des AStA wahrnehme. - **Direktor beim Landtag Prof. Heinrich A. Große-Sender** antwortet, dieser Aspekt werde nicht nur von seiten der Verwaltung berücksichtigt, sondern es dürfe nicht vergessen werden, daß schon die politische Besetzung in der ProKom garantiere, daß auch dieser Gesichtspunkt seinen Niederschlag finde. - Insofern wäre es gut, schlußfolgert **Vorsitzender Peter Bensmann**, wenn nicht nur von der Verwaltung Vorlagen in diesen Ausschuß kämen, sondern wenn auch von politischer Seite die diesen Ausschuß betreffenden Fragen hier dargestellt würden.

Kapitel 01 010 - Landtag

Auf Bitte des **Vorsitzender Peter Bensmann** führt **Direktor beim Landtag Prof. Heinrich A. Große-Sender** bezüglich der Stellenausweitung für Auszubildende um zwei auf sieben aus: Der Einzelplan 01 weise für 1996 fünf Ausbildungsstellen, drei im Verwaltungsbereich und zwei im technischen Bereich, auf, die auch alle besetzt seien. Im technischen Bereich handele es sich um Ausbildungsverhältnisse als Radio- und Fernsteuertechniker und als Kältebauer. Beim letzterem werde erstmals in der Landtagsverwaltung ein Modellversuch durchgeführt. Da der Landtag nicht die gesamte Breite dieses Berufsbildes abdecken könne, kooperiere der Landtag mit einer privaten Firma, die Vertragspartnerin dieses Ausbildungsverhältnisses sei. Die Handwerkskammer habe dieses Modell abgesegnet und propagiere es zur Schaffung weiterer Ausbildungsstellen.

Für das nächste Jahr stünden auf Initiative des Präsidiums vor dem Hintergrund der allgemeinen Ausbildungsstellensituation als Signal für weitere Aktivitäten in diesem Bereich zwei zusätzliche Ausbildungsstellen im Haushaltsentwurf. Die Landtagsverwaltung habe dies sehr begrüßt. Darüber hinaus seien die Landtagsmitarbeiter in dieser Frage außerordentlich engagiert.

Vorsitzender Peter Bensmann stellt fest, daß der Ausschuß die letztgenannten Bemühungen, insbesondere die Kooperation mit der freien Wirtschaft, zustimmend zur Kenntnis nehme.

Sodann kommt der Vorsitzende auf die Überstundensituation im Landtag zu sprechen und bittet um eine aktuelle Darstellung.

Direktor beim Landtag Prof. Heinrich A. Große-Sender legt dar, in diesem Jahr werde die gleiche Überstundenanzahl wie im vergangenen Jahr erreicht. In der Zeit vom 01.01. bis zum 07.10.1996 seien bereits über 8 000 Überstunden angefallen. Hinzu kämen die Restanten der vergangenen Jahre, so daß am Ende des Jahres insgesamt über 10 000 Überstunden abgeleistet seien.

Eine kleine Erleichterung habe sich dadurch ergeben, daß das Parlament die Plenarsitzungen frühzeitiger als in der Vergangenheit beende. Dieser Umstand werde allerdings nicht dazu führen, daß im Landtag weiterhin eine große Zahl von Überstunden vermieden werde. Zu einem geringen Teil würden die Überstunden abgegolten, im wesentlichen werde aber versucht, einen Freizeitausgleich zu finden. Das bereite manchmal Probleme, wenn etwa in der Ferienzeit, die vornehmlich für Urlaubszeiten in Anspruch genommen werde, gleichzeitig Wartungs-, Reparaturarbeiten und andere Aufgaben wahrgenommen werden müßten. Insofern sei es recht schwierig, die Überstunden auf ein Maß herunterzufahren, das als unbeachtlich bezeichnet werden könne. - Zur Zeit hätten sich die Überstunden auf etwa 30 Stunden pro Mitarbeiter angesammelt, bestätigt der Direktor auf Nachfrage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**.

Globale Minderausgabe im Personalbereich

Volkmar Klein (CDU) fragt exemplarisch für alle Einzelpläne beim Einzelplan 01 nach dem erstmalig neuen Strukturmerkmal einer globalen Minderausgabe im Personalbereich und bittet um eine Erläuterung dazu, wie so etwas denn haushaltstechnisch funktioniere.

RD Brommund (FM) antwortet, bei der ersten Veranschlagungsrunde für die Personalausgaben habe man einen vermuteten Steigerungssatz der Tarifabschlüsse 1996/97 unterstellen müssen. Da das Tarifiergebnis frühzeitig bekannt gewesen sei, im Haushalt 1997 bereits einfließe und unter den Vermutungen der Landesregierung gelegen habe, seien in allen Einzelplänen globale Minderausgaben eingestellt worden, um zu vermeiden, daß die jeweiligen Personaltitel in allen Einzelplänen nochmals hätten angepaßt und reduziert werden müssen.

Für **Vorsitzender Peter Bensmann** stellt sich haushaltsrechtlich die Frage, warum denn in der Ergänzungsvorlage nicht eine entsprechende Reduzierung der jeweiligen Personaltitel erfolgt sei. Er halte den Umweg über die "globale Minderausgabe" haushaltsrechtlich für bedenklich.

RD Brommund (FM) meint, als die Tarifiergebnisse bekannt gewesen seien, habe man sich dafür entschieden habe, diesen Komplex mit einer globalen Minderausgabe zu versehen, weil die Zeit zu knapp gewesen sei, um eine Reduzierung in den entsprechenden Einzeltiteln

vornehmen zu können. Seines Wissens sei die punktgenaue Summe 650 Millionen DM gewesen, die dann auf 700 Millionen DM gerundet worden sei.

Auf Wunsch des **Vorsitzenden Peter Bensmann** skizziert **RD Brommund (FM)**, wie eine entsprechende Berechnung erfolge. Berechnungsbasis sei immer das Haushalts-Ist des Vorvorjahres, in diesem Fall also das Ist 1995. Die Tarifsteigerungen des laufenden Haushaltsjahres sowie die für den Zeitraum, auf den sich der Haushaltsentwurf beziehe, würden prognostiziert und auf das Haushalts-Ist 1995 aufgeschlagen. Auf diese Weise werde dann der Gesamtansatz der Hauptgruppe 4 für das in Rede stehende Entwurfsjahr festgestellt, so daß das Haushalts-Ist 1996 für die Form der Berechnung nahezu keine Relevanz habe. Die prognostizierten Zahlen würden allerdings mit den ersten eintreffenden Ist-Ergebnisse in der Aufstellungsphase abgeglichen.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet schließlich darum, dem Ausschuß das Haushalts-Ist 1995 für diesen Bereich, die 1996er und die 1997er Zahlen zukommen zu lassen und zu erläutern, wie genau das Verfahren zur Verteilung dieser 650 Millionen DM auf die Einzelpläne aussehe.

Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten

Vermerk des Gutachterdienstes vom 07.10.1996

Vorsitzender Peter Bensmann möchte zu dem Bereich wissen, warum das MBEA als einziges Ministerium im Erläuterungsband keine Angaben zur Ist-Besetzung der Stellen aufgeführt habe.

RD von Deuten (MBEA) erklärt, da die anderen Häuser dies täten, werde man das mit dem nächsten Haushalt ebenfalls so handhaben. Auf Wunsch werde man die Zahl für den Haushalt 1997 gern nachreichen. - Darum bittet **Vorsitzender Peter Bensmann**.

Kapitel 09 010 - Ministerium

Vorsitzender Peter Bensmann möchte des weiteren erfahren, warum trotz des Grundsatzbeschlusses der Landesregierung, keine neuen Stellen auszuweisen, Leerstellen in Kapitel 09 010 ausgewiesen seien. - **RD von Deuten (MBEA)** nennt als Begründung, bei den im Haushaltsvollzug 1995 und 1996 beantragten und vom Finanzminister akzeptierten Leerstellen handele es sich um Mischarbeitsplätze von Sekretärinnen, die in den Erziehungsurlaub gegangen seien.

Auf eine weitere Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** antwortet **RD von Deuten (MBEA)**, die in Titelgruppe 60 - Vertretung des Landes NRW bei der EU - geführte für 1996 ausgewiesene Leerstelle der Besoldungsgruppe B 2 sei entfallen, weil die Stelleninhaberin in den Landesdienst nach Thüringen gewechselt sei. - Ein vom Ausschuß erwartetes Organigramm werde im übrigen in den nächsten Tagen eintreffen.

Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport

Vermerk des Gutachterdienstes vom 14. Oktober 1996

Kapitel 15 010 - Ministerium

Vorsitzender Peter Bensmann bittet darum zu erläutern, warum auf der einen Seite ku-Vermerke realisiert worden seien, andererseits aber diese Realisierungen durch entsprechende Hebungen von Planstellen praktisch aufgehoben würden. - **LMR Kahler (MSKS)** entgegnet, daß man die Hebungen und die ku-Vermerke sozusagen nicht verrechnet habe, hänge mit dem bei den Haushaltsverhandlungen aufgetretenen Wunsch des Finanzministeriums nach Klarheit und Nachvollziehbarkeit der Darstellung zusammen.

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** bestätigt **RD Brommund (FM)**, daß das Verfahren in der gesamten Landesregierung so sei und nennt als Begründung den geltenden Phasenbeschluß, wonach Höhergruppierungen erst drei Jahre nach Stellenzugang erfolgen sollten, während Rückschlüsselungen in der Regel mit dem nächsten Haushaltsplan sofort vorzunehmen seien.

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann** bezüglich der tatsächlichen Schlüsselung im Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport, antwortet **RD Brommund (FM)**, die Prozentzahlen bezüglich des Stellenschlüssels für den höheren Dienst seien Höchstgrenzen, die einzuhalten seien. Soweit Unterschreitungen in einer höheren Gruppe vorkämen, könnten allerdings entsprechende Überschreitungen nur in der darunter liegenden Besoldungsgruppe auftreten. - **LMR Kahler (MSKS)** macht darauf aufmerksam, daß hinsichtlich der Schlüsselung eine Komplizierung aufgrund der Neuorganisation des Hauses gegeben sei.

Die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, welche Maßnahmen sich hinter den Höhergruppierungen, unter anderem auch eine von der Vergütungsgruppe I BAT nach AT, verbergen würden, antwortet **MR Berg (MSKS)**, die Aufgaben hätten sich in allen Fällen eingruppierungsrelevant verändert, teilweise auch durch die Neuressortierung des Hauses. Bei der Hebung nach Vergütungsgruppe Ib/IIa BAT habe die betroffene Angestellte schon im

früheren Kultusministerium eine entsprechende Funktion innegehabt. Es sei insofern ein tarifrechtlicher Anspruch erwachsen, der die Hebung erforderlich gemacht habe. Insbesondere seien auch Hebungen darunter, die sich aus dem Weggang von Stellen ergeben hätten, weil die bei geringerer Personalstärke gleichgebliebenen Aufgaben hätten neu verteilt werden müssen.

Vorsitzender Peter Bensmann möchte wissen, wer denn über diese Höhergruppierungen Aufsicht führe. - Darauf antwortet **RD Brommund (FM)**, über die Höhergruppierungen werde im Rahmen der Haushaltsverhandlungen gesprochen. Für Zweifelsfragen stehe im Finanzministerium ein Tariferferat zur Verfügung, das Tätigkeitsbeschreibungen nachprüfe, die Eingruppierung letztlich bestätige oder gegebenenfalls auch verwerfe. Insofern erfolge eine Überprüfung durch das Finanzministerium. - **MR Berg (MSKS)** ergänzt, bei der Aufstellung des Haushalts 1996 wie auch des Haushalts 1997 seien vom Finanzministerium bestimmte Forderungen bezüglich der Eingruppierungen erhoben worden, denen man nachgekommen sei.

Bezüglich der Einsparung von vier Stellen des Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport im Rahmen der 2%igen Einsparquote, die nur in den unteren Gehaltsgruppen erfolgt sei, möchte **Vorsitzender Peter Bensmann** wissen, welche Kriterien es für die Durchführung der 2%igen Einsparquote seitens der Landesregierung gebe. - **RD Brommund (FM)** führt aus, grundsätzlich gebe es folgende Vorgaben. Es würden zum einen die Bereiche genannt, in denen sie zu erbringen sei. Zum zweiten solle im Rahmen der Haushaltsverhandlungen darüber entschieden werden, an welchen Stellen konkret die Einsparvorgabe erbracht werde. Anders als bei weit in die Zukunft terminierten kw-Vermerken, die dann global, also unterhalb des Personalausgabentitels, ausgebracht würden, seien ja die kw-Vermerke aufgrund der 2%-Vorgabe grundsätzlich im Haushaltsjahr zu erbringen. Die Haushaltsverhandlungen könnten ergeben, daß sich der Termin verzögere, also in das dem Haushaltsaufstellungsjahr folgende Jahr verschoben werde. Insofern sei dem Finanzministerium nicht damit geholfen, wenn die kw-Vermerke unspezifiziert unter die Personalausgaben ausgewiesen würden. Ob nun Stellen unterer oder oberer Wertigkeit davon betroffen seien, sei Sache der Haushaltsverhandlungen.

Kapitel 15 100 - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Auf Bitte des **Vorsitzender Peter Bensmann** nimmt **LMR Kahler (MSKS)** zu den Empfehlungen zur Personalstruktur und zum Personalabbau wie folgt Stellung: Zu dem Gutachten des Landesrechnungshofes habe man mit Vorlage 12/155, die im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen im September vorigen Jahres behandelt worden sei, bereits umfassend Stellung genommen. Man habe im weiteren Verfahren mit dem Landesrechnungshof eine Art Einvernehmen über die Umsetzung des Gutachtens erzielt, was bereits im Haushalt 1997 zum Ausdruck gekommen sei. Als erledigte Empfehlungen habe man 3 Stellen eingespart. - Dazu

ergänzt **MR Berg (MSKS)**, bei diesen drei Stellen handele es sich um Stellen des höheren Dienstes, und zwar A 13, BAT 1 b und BAT II a. Daneben sei eine Stelle A 13 h. D. für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter in eine Stelle BAT IV a umgewandelt worden. Des weiteren sei eine Stelle für eine Sachbearbeitung abgesetzt worden. Eine Stelle für Angestellte werde noch im Haushalt 1996 umgewandelt, und zwar von 7/8 nach 4 a MTL. Eine Schreibdienststelle solle noch eingespart werden, wenn geklärt sei, inwieweit die ADV-Anwendung dort soweit zum Tragen gekommen sei, daß diese Schreibdienststelle eingespart werden könne. Zwei Stellen für Aufgabenbereichsleiter seien nach Freiwerden dieser Stellen in Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter umzuwandeln. Eine davon sei bereits im Haushalt 1997 enthalten, nämlich die Stelle des Aufgabenbereichsleiters Verkehr. Eine weitere Stelle könne dann umgewandelt werden, wenn der Stelleninhaber ausscheide. Mit 1997 sei die Umsetzung dann abgeschlossen.

Kapitel 15 300 - Schloß Augustusburg und Schloß Falkenlust in Brühl

Auf Fragen des **Vorsitzender Peter Bensmann** führt **LMR Kahler (MSKS)** aus, eine Organisationsuntersuchung habe für diesen kleinen Bereich bisher nicht stattgefunden. Da die Personalstärke nicht sehr groß sei, sei diese kleine Dienststelle vom Ministerium aus sehr gut zu beobachten. Im übrigen stehe man im ständigen Kontakt zur Verbesserung der Verwaltung gerade mit Schloß Augustusburg (Schloß Brühl). In Gesprächen mit dem Landesrechnungshof werde demnächst über Möglichkeiten zur eventuellen Einführung einer Kosten-/Leistungsrechnung gesprochen. - Die Aufgaben von Schloß Brühl, das insbesondere von der Bundesregierung auf der Grundlage einer Benutzerordnung in Anspruch genommen werde, liege im repräsentativen Bereich. Außerdem fänden dort Konzerte und auch die Pflege der Schloßanlagen statt.

Die Frage von **Gisela Meyer-Schiffer (SPD)** nach dem Verhältnis zwischen Mehrarbeiten und Festangestellten und nach der Möglichkeit, für die anfallenden Arbeiten insbesondere im gärtnerischen Bereich weitere Mittel für Aushilfskräfte, die aber im jetzigen Haushaltsansatz gekürzt worden seien, einzusetzen, beantwortet **MR Berg (MSKS)**, wie folgt: Die Personaldecke des festangestellten Personals werde benötigt, um insbesondere die gärtnerischen Arbeiten zu erledigen. Daneben gebe es die Möglichkeit, den Mehrbedarf für Aushilfskräfte bei der Bezirksregierung in Köln anzumelden. Die Mittel in diesem Jahr seien aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre entsprechend reduziert worden.

Vorsitzender Peter Bensmann bittet schließlich bis zur Osterpause 1997 um eine etwa 3- bis 4seitige Information über die Einnahmeseite in diesem Kapitel und über die Art der Tätigkeit des Personals und wie es finanztechnisch behandelt werde.

Kapitel 15 750 - Staatliche Archive, Archivwesen

Gisela Meyer-Schiffer (SPD) bittet um Erläuterung, worauf die Hebung von über drei Stufen bei zwei Stellen zurückzuführen sei, und möchte außerdem wissen, welches die Hintergründe für die Verlängerung einer kw-Befristung bis zum 31.12.1999 seien. - Hierzu erläutert **MR Berg (MSKS)**, bei der Höhergruppierung aufgrund von tarifrechtlichen Ansprüchen handele es sich um Stellen für die System- und Anwendungsbetreuung durch die Neueinführung von ADV-Technik. Im übrigen würden nach und nach die drei anderen Standorte mit ADV ausgestattet, so daß auch dort Stellen für ADV-Anwendungsbetreuung in den nächsten Jahren zu erwarten seien. - Bei der Höhergruppierung einer Stelle der Vergütungsgruppe VII/VII BAT nach Vergütungsgruppe VIb BAT handele es sich um eine vormalige Schreibdienststelle, aus der nunmehr durch Aufgabenveränderung ein Mischarbeitsplatz mit Büro-, Registratur- und Kassendienst entstanden sei. - Bei der Verlängerung der angesprochenen kw-Stelle handele es sich um einen 1986 für 10 Jahren mit der Edition von Kabinettsprotokollen beauftragter Mitarbeiter, dessen Arbeit noch nicht abgeschlossen sei und für die die Landesregierung daher im Juli dieses Jahres eine Verlängerung um drei Jahre beschlossen habe.

Kapitel 15 770 - Staatliche Büchereinstellen (Detmold, Essen, Hagen, Köln und Münster)

Vorsitzender Peter Bensmann bittet um Auskunft über den Stand der Umsetzung des Organisationsgutachtens. - **LMR Kahler (MSKS)** antwortet, einmal werde zu dem Thema die Beantwortung einer Kleinen Anfrage vorbereitet. Zum zweiten könne über den Inhalt der umzusetzenden Vorschläge und über den Zeitrahmen der Umsetzung selbst erst etwas gesagt werden, nachdem sich das Kabinett, wie bei allen Gutachten des AStA üblich, mit dem Gutachten befaßt habe.

2 Übersicht der im Haushaltsplanentwurf 1997 ausgewiesenen Verwaltungshilfen in den neuen Bundesländern

Vermerk des Gutachterdienstes vom 08.10.1996

Auf die Frage des **Vorsitzenden Peter Bensmann**, wer sich hinter den Stellen zur vorübergehenden Betreuung der Durchführung von Bauaufgaben des Bundes durch die Staatliche Bauverwaltung beziehungsweise durch die Oberfinanzdirektionen in den neuen Ländern verberge, antwortet **RD Michel (MBW)**, hierbei handele es sich um Architekten, die für die drei- bis vierjährige Abwicklung von teilweise 1994 begonnen großen komplexen Bauvorhaben benötigt würden. - Daß dabei eine hundertprozentige Kostenerstattung stattfinde,